

Israelreport

1 | 2014

Das Magazin von Israelnetz. Berichte und Hintergründe aus Israel und dem Nahen Osten

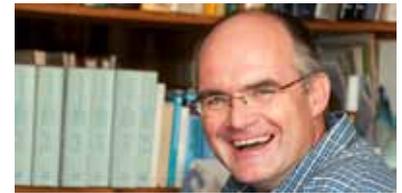


Ariel Sharon

1928 - 2014

Editorial

„Amerika, quo vadis?“



Liebe Leser,

irgendwie hatte das israelische Boulevard-Blatt „Yediot Aharonot“ Wind davon bekommen, was Israels Verteidigungsminister denkt: US-Außenminister John Kerry sei getrieben von „einer unerklärlichen Besessenheit“ und handle aufgrund eines „messianischen Sendungsbewusstseins“, meint demnach Mosche Ja’alon. Kerrys Sicherheitsplan sei „nicht das Papier wert“, auf dem er stehe. Es sei „an der Zeit, den Amerikanern zu sagen: Genug ist genug!“.

Das US-Außenministerium bezeichnete Ja’alons Bemerkungen als „beleidigend und unangemessen“. Widerwillig entschuldigte sich der Verteidigungsminister und betonte, man habe Kerry nicht beleidigen wollen. Dieser gab sich irgendwann zufrieden und teilte mit, er werde sowieso nur mit Regierungschef Benjamin Netanjahu reden.

Bemerkenswert ist, dass niemand die Richtigkeit der Aussagen Ja’alons in Frage stellt. Seine „Gefühle sind weder illegitim noch verrückt. Er steht nicht allein“, weiß die englischsprachige Tageszeitung „Jerusalem Post“, denn: Was Ja’alon gesagt hat, denken viele Israelis. Der in der palästinensischen Autonomiestadt Tulkarm geborene Journalist Khaled Abu Toameh beobachtet, dass Amerika so streng nur mit seinen israelischen Freunden verfährt. Antifriedensrhetorik oder Demonstrationen in arabischen Hauptstädten ignoriert Washington völlig.

Und dann legt die Veröffentlichung des jährlichen Weltverfolgungsindex* der evangelikalen Organisation „Open Doors“, die sich um eine Darstellung der weltweiten Christenverfolgung müht, nahe: Unter dem Einfluss der Vereinigten Staaten finden im Nahen Osten die schlimmsten Christenverfolgungen statt. Der in Ägypten geborene Raymond Ibrahim kommt zu dem Schluss: „Wo immer sich die Amerikaner aktiv in einem islamischen Land engagierten, kamen Islamisten an die Macht“ – was für Christen in der Regel „extreme Verfolgung“

bedeutet. Doch anstatt aus Fehlern zu lernen, unterstützen die USA weiterhin Islamisten und Dschihadisten.

Die „Jerusalem Post“ erinnert Ja’alon an die Weisheit des alten Königs Salomo: „Fluche dem König auch nicht in Gedanken und fluche dem Reichen auch nicht in deiner Schlafkammer; denn die Vögel des Himmels tragen die Stimme fort, und die Fittiche haben, sagen’s weiter“ (Prediger 10,20). Das Blatt kommentiert, selbst ein „straight shooter“ wie der Verteidigungsminister solle, schon seiner Verantwortung wegen, niemals aus der Deckung treten.

Vielleicht ist in diesem Fall aber, weil es um einen Friedensvertrag geht, eher ein Wort des Propheten Sacharja angesagt. Der sieht eine Zeit voraus, in der das Volk Israel in sein Land zurückkehrt und Gott seinem Volk Gutes tut. „Wie ihr ein Fluch unter den nichtjüdischen Völkern gewesen seid, so sollt ihr ein Segen sein“, fasst der biblische Prophet das Handeln Gottes zusammen, um dann aufzuführen, was das Volk selbst zur Wende seines Schicksals beitragen kann: „Redet Wahrheit Einer mit dem Anderen!“ (Sacharja 8,16).

Wahrheit ist eine Grundvoraussetzung für jeden Friedensschluss. Wer aber wird den Amerikanern die Wahrheit sagen, wenn diese ihren besten Freunden beleidigt das Maul stopfen? Dabei ist jedem gut gewillten Beobachter klar, dass die Nahostpolitik des mächtigsten Staates dieser Welt in den vergangenen Jahren fatale Früchte gezeitigt hat.

Mit freundlichen Grüßen aus Jerusalem,

Ihr Johannes Gerloff

Inhalt

Editorial:	„Amerika, quo vadis?“	2
Titel:	Der verzerrte Scharon	3
Europa:	Blinde EU	5
Gesellschaft:	Afrikanisches Leben in Tel Aviv	6
Politik:	Israels Siedlungen	8
Arabische Welt:	Gedanken zu einem islamischen Staat	10
Hintergrund Islam:	Die Suche nach der wahren Freiheit	12
Meldungen:	Arafat wurde nicht vergiftet	14
Betrachtung:	2014 – Gespitzte Stifte	15

Impressum
Herausgeber
Christlicher Medienverbund KEP e.V.
Postfach 1869, D-35528 Wetzlar
Telefon (0 64 41) 9 15 151 | Telefax (0 64 41) 9 15 157
www.israelnetz.com
editor@israelnetz.com | gerloff@kep.de (J. Gerloff)
Bankverbindung
Volksbank Mittelhessen eG
Konto 40983201, BLZ 513 900 00
IBAN DE7351390000040983201, BIC VBMHDE5F
Vorsitzende: Margarete Hühnerbein
Geschäftsführer: Christoph Irion
Leiter Bereich Israel: Johannes Gerloff
Redaktionsleitung: Dana Nowak
Redaktion: Moritz Breckner, Daniel Frick, Elisabeth Hausen, Mirjam Holmer, Egmond Prill, Martina Schubert, Swanhild Zacharias
Der Israelreport erscheint als Beilage des Christlichen Medienmagazins pro.
Titelfoto: picture alliance

Titel

Der verzernte Scharon

Der Trubel um die Beisetzung des nach langem Wachkoma verstorbenen Ariel Scharon hat in einzigartiger Weise offenbart, wie verzerrt die Wahrnehmung der Vorgänge im Nahen Osten durch die deutschsprachigen Medien ist. || Johannes Gerloff



Viele Berichte über Ariel Scharon werden seiner Persönlichkeit nicht gerecht und sind pauschalisierend.

Ein klassischer Grund für falsche Berichterstattung ist, dass Journalisten „berichten“, was passieren wird, anstatt sich an harte Fakten und das zu halten, was tatsächlich geschehen ist. So prognostizierte etwa der „Tagesspiegel“ vor dem Tod Scharons in prophetischer Kühnheit: „Viele Israelis werden den Tod des einstigen Regierungschefs allenfalls mit einem Schulterzucken zur Kenntnis nehmen.“

Zugegeben: Ich hätte selbst Ähnliches erwartet. Aber die meisten Journalisten sind schlechte Propheten. Tatsache bleibt, dass das endgültige Ableben Scharons tagelang jedes andere Thema in den israelischen Medien verdrängte. Kein mir bekannter Israeli wollte mir zustimmen,

dass dies übertrieben sei. Vielmehr fanden alle – wenngleich aus unterschiedlichen Gründen – den Rummel, die emotionalen Äußerungen und die Massenaufläufe vollkommen angemessen. Zehntausende von Israelis ließen es sich nicht nehmen, dem „Großvater der Nation“ die letzte Ehre zu erweisen – sei es vor der Knesset, wo der Sarg vor der Beerdigung der Öffentlichkeit gezeigt wurde, sei es beim Begräbnis selbst, das auf der Privatfarm der Familie Scharon im nördlichen Negev stattfand.

Zwischen Januar 2006, als Scharon ins Wachkoma fiel, und seinem Tod im Januar 2014 lagen acht Jahre. Eigentlich genug Zeit für gründliche Recherchen. Für manche deutschsprachige Journa-

listen war die Zeit aber offenbar nicht ausreichend, um sich von gängigen Klischees und arabischer Propaganda zu befreien.

Die ARD wollte wissen, dass Scharon die zweite Intifada „mit Gewalt“ beantwortete, und: „Um den Aufstand gegen die Besatzung niederzuschlagen, setzte er selbst Apaches, F-16 und Kampfpanzer ein.“ Tatsache ist, dass der Sozialdemokrat Ehud Barak „Frieden redete“, gleichzeitig aber die Palästinenser „bombardierte“. Deshalb nannten sie ihn auch den „Schlangenmann“. Scharon dagegen begann seine Amtszeit im März 2001 mit einem Waffenstillstand und gab so einer friedlichen Verständigung eine offensichtliche Chance.

Dass Scharon den Tempelbergbesuch im September 2000 – so sein Rechtsanwalt und Vertrauter Dov Weissglass – später als Fehler bezeichnet hat, wird in der breiten deutschsprachigen Öffentlichkeit ebenso verschwiegen wie die Tatsache, dass diese Aktion ursächlich nichts mit der Al-Aksa-Intifada zu tun hatte. Die schriftlichen Beweise dafür fanden die Israelis nach 2002 in Form von Dokumenten im Orient Haus, dem PLO-Hauptquartier in Jerusalem, und in der Mukata'a in Ramallah, dem Sitz von Palästinenserführer Jasser Arafat. Die PLO-Führung unter Arafat hatte den „Volksaufstand“ gegen den jüdischen Staat fast ein halbes Jahrzehnt lang vorbereitet, während man in der Öffentlichkeit friedliche Mittel zur Lösung des Konflikts beschworen und verhandelt hatte.

Laut ARD sollte Scharons „Abzug aus dem Gazastreifen [...] es Israel [...] erlauben, den größten Teil des Westjordanlands auf ewig zu behalten, ohne dass die Palästinenser dabei mitzureden hätten“. Offensichtlich übersehen hatten die Journalisten dabei, dass Scharon gleichzeitig mit dem Rückzug aus Gaza auch vier Siedlungen im nördlichen Westjordanland geräumt hatte. Ohne seiner eigenen Bevölkerung weitere Opfer abverlangen zu müssen, hätte er so den Palästinensern ein weiteres Autonomiegebiet um die Stadt Dschenin herum überlassen können, das flächenmäßig mehr als doppelt so groß wie der Gazastreifen ist. Ob die deutschen Berichtersteller friedensunwilliger palästinensischer Propaganda zum Opfer fielen – oder durch ihre Berichterstattung mit dazu beitrugen, dass die Palästinenser den Wink des alten Fuchses mit dem Zaunpfahl in Richtung Verhandlungstisch nicht verstanden, bleibt Spekulation. Tatsache ist: Die Palästinenser haben die Gunst der Stunde nicht erkannt. Gaza ist heute Hochburg islamischer Extremisten und Dschenin noch immer unter israelischer Besatzung.

Gehasst und bewundert

Interessant ist schließlich, dass kaum ein Artikel die arabischen Freunde Scharons erwähnt – obwohl diese, durch ihre strahlend weißen Kopftücher weithin erkennbar, selbst bei den Beerdigungsfeierlichkeiten zugegen waren. Scharon wurde in der arabischen Welt nicht nur gehasst und verurteilt, sondern auch bewundert und sogar geliebt. Die Massaker von Sabra und Schatila wurden verübt

von Menschen, deren Muttersprache Arabisch war. Das rechtfertigt sie nicht, stellt aber landläufige Pauschalisierungen in Frage. Als Ehud Barak im Mai 2000 die israelischen Truppen aus dem Südlibanon abzog, haben Libanesen, deren Muttersprache Arabisch ist, vorwurfsvoll verzweifelt gefragt: „Wo bleibt Arik?!“

Scharon war Anfang der 1980er Jahre eine treibende Kraft der Siedlungsräumungen infolge des Friedensvertrags mit Ägypten – in dem auch eine politische Autonomie für die Palästinenser beschlossen worden war. Wenig mehr als zwei Jahrzehnte später sprach er als erster israelischer Premierminister auf einem Gipfeltreffen in Akaba vor den palästinensischen und amerikanischen Präsidenten und vor dem jordanischen König von der Errichtung eines palästinensischen Staates.

Dass Scharon Siedlungen räumen würde, sagte mir schon unmittelbar nach seinem Amtsantritt im Frühjahr 2001 Dov „Dubak“ Weinstock. „Denk an Jamit!“, prophezeite der Siedlerführer aus dem Gusch Etzion und zeigte auf ein Schwarzweißbild vom Anfang der 1980er Jahre, als israelische Siedler im Sinai dem Frieden mit Ägypten weichen mussten. Ariel Scharon war der entscheidende Drahtzieher hinter dieser Aktion. Für „Dubak“ kam der Gazarückzug keineswegs überraschend, hatte „Arik“ auch in keiner Weise eine „Bekehrung“ oder auch nur ein Umdenken erlebt.

Liebgewonnene Stereotypen

Das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ behauptete: „Der einst als Hardliner bekannte Scharon hatte sich kurz vor seiner schweren Erkrankung vor acht Jahren zum Friedensmacher gewandelt“. Dem setzt selbst der politisch eher links gerichtete und siedlerkritische Scharon-Berater Dov Weissglass entgegen: „Nicht Scharon hat sich verändert, wohl aber die Wirklichkeit“, um dann gleich hinzuzufügen, dass sein ehemaliger Boss zwar ein klares Ziel verfolgte, dabei aber niemals mit dem Kopf durch die Wand gegangen wäre. „Wir können alles mit Bajonetten erreichen“, habe Scharon gerne Napoleon zitiert, „nur nicht auf ihnen sitzen.“

Nicht wenigen deutschen Medienmachern scheinen die liebgewonnenen Stereotypen vom „Bulldozer“, „Hardliner“ oder „Schlächter von Beirut“ den Blick

für die Realität vernebelt zu haben. Eine differenziertere Beschreibung der komplizierten Persönlichkeit Scharons, wie etwa in der italienischen Zeitung „Il Giornale“, die meint, Scharon sei „kein Falke gewesen, sondern eine Taube aus Stahl“, ist nur selten zu finden.

Dass Scharon für „die Massaker an Palästinensern in den Lagern Sabra und Schatila“ nie der Prozess gemacht wurde, wie in Deutschland zu hören war, stimmt schlicht nicht. Die Vorgänge im Sommer 1982 wurden juristisch untersucht. Scharon wurde „indirekte Verantwortung“ vorgeworfen, weil er die Rache für die Ermordung des libanesischen Politikers Baschir Dschumajel nicht vorhergesehen hatte. Dafür musste er seine politische Karriere unterbrechen. Rechtskräftig verurteilt wurde Scharon nie, weshalb jede Bezeichnung des Mannes als „Kriegsverbrecher“ eine außergerichtliche Vorverurteilung bleibt. In den USA gewann Scharon in dieser Angelegenheit gar einen Verleumdungsprozess gegen das renommierte „Time Magazine“.

Pessimist oder Realist?

Die „Süddeutsche Zeitung“ schließlich bezeichnet Scharon als „großen Pessimisten“. Als Begründung dafür lieferte sie eine Aussage Scharons, die er ein Jahr vor seinem Schlaganfall in einem Interview der „New York Times“ gemacht hatte: „Die Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten und Jordanien sind Verträge zwischen Staatsoberhäuptern, keine Friedensabkommen zwischen Völkern und Nationen. Die arabische Welt ist noch nicht bereit, das Recht der Juden auf einen israelischen Staat in dieser Region anzuerkennen. Und ich bezweifle, dass sie es jemals sein werden.“ Die erste Aussage über die Friedensabkommen bestätigt fast jeder Passant auf den Straßen von Amman, Jerusalem oder Kairo. Die aktuellen Entwicklungen in der arabischen Welt scheinen dem alten Recken ebenfalls Recht zu geben. Dieser hat wohlgehemmt nicht davon geredet, dass heute weite Teile der arabischen Welt die Existenz eines jüdischen Staates im Nahen Osten anerkennen, sondern von einem „Recht der Juden auf einen israelischen Staat in dieser Region“. Ob der Zweifel im Blick auf künftige Entwicklungen gerechtfertigt war, wird die Zukunft erweisen – und damit auch, ob Scharon Pessimist oder Realist war. ||

Europa

Blinde EU verschleudert Milliarden

Die Europäische Union hat laut dem Europäischen Rechnungshof Gehälter für eine „beachtliche Anzahl“ Angestellter der Palästinensischen Autonomiebehörde im Gazastreifen gezahlt, die gar nicht zur Arbeit gingen. Nach Angaben eines Mitte Dezember 2013 in Brüssel veröffentlichten Berichts behindert die radikal-islamische Hamas seit 2007 die Beamten bei der Arbeit. || Ulrich W. Sahn



Foto: Dan Race, kreativ / fotolia

Etwa eine Milliarde Euro hat die EU laut des Berichts zwischen 2008 und 2012 für Gehälter der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) überwiesen. Nach dem Hamas-Putsch 2007 hat die EU bei einer Pressekonferenz in Jerusalem genau diese horrende Geldverschwendung zu ihrer offiziellen Politik erklärt und in einer Broschüre dokumentiert. Obwohl es der Europäische Rechnungshof damals schon hätte wissen können, prüft er dies erst Jahre später.

Die EU betrachtet die Hamas als Terrororganisation. Deshalb sollten die Gelder für die Beamten der PA nicht über die regierende Hamas verteilt werden. Die Union ließ sich daher die Kontonummern aller Beamten, Sicherheitsleute und Polizisten geben, um deren Gehälter direkt zu überweisen. Mit dem Projekt „Temporary International Mechanism“ (TIM) hat sie nach eigenen Angaben 150.000 Familien mit durchschnittlich vier Kindern unter Umgehung der Hamas finanziell unterstützt, obgleich klar war, dass sie keiner Arbeit nachgehen könnten. Das deklarierte Ziel von TIM war die Abwendung einer „sozio-ökonomischen Krise“. Bereits damals berichteten die Medien, dass die Hamas alle

Beamten aus ihren Ämtern entfernte, die der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) treu waren. PLO-Sicherheitsleuten wurde in die Knie geschossen und manche wurden von Dächern der Hochhäuser in den Tod gestürzt.

Verschwendung und Korruption

Als dieser Mechanismus 2007 in Jerusalem der Presse vorgestellt wurde, erklärte der EU-Vertreter auch, warum die EU die Kosten für die Stromherstellung im einzigen Kraftwerk des Küstenstreifens übernommen habe: „Im Gazastreifen ist es unüblich, die Stromrechnung zu zahlen.“ Die EU könne die Bewohner nicht im Finstern sitzen lassen. Ebenso bekommen die Menschen in Flüchtlingslagern im Westjordanland Strom frei Haus geliefert. In manchen palästinensischen Ortschaften wie Udscha bei Jericho können die Bewohner mangels Wasseruhren Wasser gratis verschwenden.

Schon vor Jasser Arafats Tod war die palästinensische Geldverschwendung nicht zu übersehen.

Darauf angesprochen reagierte der damalige EU-Kommissar Chris Patton verärgert.

Palästinenserführer Arafat pflegte den Ruf, ein spartanisches Leben zu führen. Erst als er im Sterben lag und seine vergnügungssüchtige Frau Suha ins Rampenlicht rückte, durfte die Korruption thematisiert werden. Die Zeitschrift „Forbes“ stufte ihn 2003, ein Jahr vor seinem Tod, als einen der reichsten Herrscher auf Erden ein. Übertroffen wurde Arafats jährliches Einkommen von 300 Millionen Dollar nur vom saudischen König, dem Sultan von Brunei, dem Prinzen von Liechtenstein, Iraks Saddam Hussein und der britischen Queen. Bis heute versucht die PA an Gelder zu kommen, die der ominöse Finanzberater Arafats, Muhammad Raschid, „dem palästinensischen Volk“ gestohlen habe.

EU sponsert Terror

Die Korruption in den Palästinensergebieten ist auf Schritt und Tritt sichtbar: dicke Autos, üppige Villen, Hunderte leerstehende Hochhäuser, Luxusrestaurants und in den Läden Artikel der weltweit vornehmsten Modefirmen. Erstaunlich ist, dass die Rechnungsprüfer der EU erst jetzt auf die Idee gekommen sind, den Verbleib von einer Milliarde Euro genauer zu überprüfen, obgleich seit den Osloer Verträgen 1993 ungefähr 5,6 Milliarden Euro von der EU nach Ramallah geflossen sind. Hinzu kamen weitere Milliarden der Amerikaner, Japaner und anderer Geberländer. Die EU-Länder finanzieren mit nicht zu überprüfenden Summen mehr als 1.000 Nicht-Regierungs-Organisationen von politischen Stiftungen, Kirchen und internationalen Vereinigungen. Diese übernehmen Aufgaben der palästinensischen Regierung, wie Straßenbau oder Schulfinanzierung.

Neben der Verschleuderung europäischer Steuergelder, Deutschland trägt etwa 20 Prozent bei, kommt die Unterstützung palästinensischen Terrors hinzu. In israelischen Gefängnissen sitzende verurteilte Palästinenser erhalten monatliche Gehälter zwischen umgerechnet 400 und 1.500 Euro. Auch die freigelassenen Massenmörder mit mehrfachen lebenslänglichen Strafen sind finanziell gut versorgt. Etwa 6 Prozent des Finanzhaushaltes der PA unter Präsident Mahmud Abbas gehen an diese „Freiheitskämpfer“. Die EU behauptet kühn, dass das „andere“ Geld seien. ||

Afrikanisches Leben in Tel Aviv

Die Gegend um den Busbahnhof im Süden von Tel Aviv hat schon bessere Zeiten erlebt. Sie sieht heruntergekommen und ärmlich aus. Seit Jahrzehnten siedeln sich in dem Stadtviertel Gastarbeiter an. Doch seit 2006 hat sich die Situation dort drastisch verschlechtert. Die Gegend ist zu einer Anlaufstelle für Flüchtlinge aus Afrika geworden. Die Anwohner fühlen sich nicht mehr sicher. || Tal Leder

Jahr für Jahr kamen Tausende von Flüchtlingen – vor allem aus dem Sudan, aus Eritrea, Nigeria und der Elfenbeinküste – über den Sinai in den jüdischen Staat. Bis vor Kurzem waren Israel und Ägypten nur durch einen lockeren Grenzzaun getrennt. Die Afrikaner flohen aus Angst vor Bürgerkriegen oder Diktatoren aus ihren Heimatländern. Ungefähr 60.000 illegale Einwanderer leben derzeit in Israel. Andere Quellen sprechen gar von über 100.000. Neben der Mittelmeermetropole Tel Aviv, leben auch viele der Einwanderer in Jerusalem, Arad am Toten Meer und in Eilat.

Durch die große Anzahl hat sich die Gegend um den Busbahnhof zu einem wahren „Klein-Afrika“ entwickelt. Zur Freude mancher, zum Ärger anderer. Es herrscht reges Leben, Straßenhändler bieten ihre Waren feil, und an manchen Ecken spielen Künstler Musik aus ihrer Heimat.

Aber es gibt auch viel Armut. Viele Männer warten seit den frühen Morgenstunden auf Arbeit. Manche Frauen arbeiten als Prostituierte auf dem Straßenstrich. Andere sitzen oder liegen lustlos am Straßenrand oder auf der Wiese im benachbarten Levinsky-Park. Fast keiner besitzt ein gültiges Arbeitsvisum und die meisten müssen sich mit Billigjobs durchschlagen. Einige der Flüchtlinge arbeiten illegal in Hotels oder Restaurants.



Foto: Tal Leder

Viele der illegalen Einwanderer versuchen, sich als „fliegende Straßenhändler“ über Wasser zu halten.

Gefährliche Flucht

Die meisten kamen in den jüdischen Staat über Ägypten. Das israelische Nachbarland nimmt zwar seit vielen Jahren afrikanische Asylbewerber auf, doch müssen diese sich dort mit Rassismus und staatlicher Verfolgung auseinandersetzen. Angesichts der schweren Lebensbedingungen sahen sich viele gezwungen, nach Israel zu fliehen. Doch diese Flucht ist sehr gefährlich. Zwischen 2008 und 2009 wur-

den etwa 30 Flüchtlinge beim Versuch, über die ägyptisch-israelische Grenze zu gelangen, von ägyptischen Grenzsoldaten getötet. Zahlreiche Afrikaner wurden von Beduinen für viel Geld über die Grenze geschmuggelt. Oft wurden sie von ihnen Wochen und Monate lang gefangen gehalten, nicht selten auch geschlagen, gefoltert und vergewaltigt. Die Menschenschmuggler betreiben außerdem

einen landesweit operierenden Organismuggelring, für den die Schwarzafrikaner leichte Beute sind.

Ende Februar 2011 wurde eine Befragung von fast 300 afrikanischen Asylanten veröffentlicht. Mehr als die Hälfte der Teilnehmer berichtete von schlimmster Folter wie tagelangem Fesseln, Verbrennungen oder sexuellem Missbrauch.

Aus Angst vor einem Massensexodus

aus Afrika begann Israel 2010 mit dem Bau eines massiven Grenzwalls zu Ägypten, der 2013 fertiggestellt wurde. Außerdem errichtete Israel ein Flüchtlingslager in der Negev-Wüste. Doch trotz all dieser Gegenmaßnahmen und Risiken wächst die Zahl der Netzwerke, um die afrikanischen Asylbewerber nach Israel zu schmuggeln.

Schwieriger Alltag

Angekommen im heiligen Land müssen sich die Afrikaner mit der schwierigen Realität des Alltags auseinandersetzen. Denn Israel hat keine klare Politik bezüglich der Asylbewerber, und auch keine für diese zuständige Behörde. Der Staat ermöglicht keine „Feststellung der Flüchtlingseigenschaft“ (Refugee Status Determination), die im Internationalen Recht verankert ist.

Daher sind Status und Zukunft der Flüchtlinge noch immer nicht geklärt. Tausende von ihnen sitzen in Gefängnissen, ohne zu wissen, wann sie freigelassen werden. Andere leben ohne offiziellen Status in Israel, sie haben deshalb keine Arbeitserlaubnis, keinen Zugang zu medizinischen und sozialen Diensten sowie Prozesskostenhilfe, oder Unterbringungsmöglichkeiten.

Es ist offensichtlich, dass die israelische Regierung eigene Interessen mit den afrikanischen Flüchtlingen verfolgt. Während die Behörden auf der einen Seite vorübergehenden Schutz, Unterstützung und Arbeitserlaubnisse für die Asylbewerber fordern, werden andererseits Tausende inhaftiert und einige sogar zwangsweise nach Ägypten und in andere afrikanische Staaten abgeschoben. Das Fehlen einer klaren Asylpolitik stammt zu einem großen Teil aus Mangel an Führung und internem Streit zwischen den Ministerien.

Hilfe und Widerstand

Was die sudanesischen Flüchtlinge betrifft, so hat die Tatsache, dass Israel und der Sudan keine diplomatischen Beziehungen unterhalten und sich als Feinde betrachten, ihren Status als Asylsuchende kompliziert. Trotzdem haben israelische Behörden zusammen mit dem „Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge“ (UNHCR) Versuche unternommen, um irgendeine Form von vorübergehendem Schutz für Tausende der

Flüchtlinge zu gewährleisten und sogar – bis zu einem gewissen Grad – auf soziale Dienste zugreifen zu dürfen, sowie auch Arbeit zu suchen.

Zwar ist es israelischen Arbeitgebern laut Gesetz untersagt, Asylanten einzustellen, doch seit einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes im Januar 2011 können sie nicht mehr dafür bestraft werden, wenn sie diese doch beschäftigen. Das bedeutet de facto, dass sie legal im jüdischen Staat arbeiten dürfen.

Aber die Schwarzafrikaner stehen nicht alleine da. Verschiedene humanitäre Gruppen aus Israel, wie etwa die Organisation in der Nähe des Busbahnhofs in Tel Aviv, das „African Refugee Development Center“ (ARDC), bieten Hilfe an. Den Flüchtlingen soll trotz der schwierigen Umstände ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden.

Doch einige rechte Parteien schlagen bereits Alarm, um den jüdischen Charakter des Staates nicht zu gefährden. Ihr Motto lautet: „Wenn wir heute nicht die 60.000 Flüchtlinge stoppen, werden sie in einigen Jahren schon über 600.000 sein. Und das bei einer Bevölkerung von 8 Millionen.“ Vor allem die arme Bevölkerung im Süden von Tel Aviv ärgert sich über die liberale Haltung des eher wohlhabenden Nordens, weil diese Israelis „die Afrikaner nicht bei sich im Hof haben“.

Schon mehrmals haben sie gegen die „Afrikanisierung“ ihres Viertels um den Busbahnhof herum demonstriert. Mit Parolen wie „Tel Aviv ist nicht Afrika“ und „Verlasst Israel jetzt!“ waren viele von ihnen lautstark aufgetreten. Die angebliche Vergewaltigung einer israelischen Frau durch einen Afrikaner Anfang Juli 2013 brachte das Fass zum Überlaufen. Leider wurden dabei viele gegenüber den Asylsuchenden auch handgreiflich und randalierten in mehreren afrikanischen Läden. Es flogen sogar Brandbomben in einen Flüchtlingskindergarten und in einige Wohnungen. Die Polizei musste eingreifen und nahm mehrere Demonstranten fest. Mehrere Umfragen zeigen, dass 52 Prozent der Israelis die Schwarzafrikaner als „Krebsgeschwür“ bezeichnen. Viele einheimische Bewohner haben nun Angst, abends ihr Haus zu verlassen.

Suche nach Lösungen

In der israelischen Regierung wird schon seit längerem ein Plan ausgear-

beitet, um die rund 60.000 Flüchtlinge langfristig wieder in ihre Heimatländer zurückzuführen. Der jüdische Charakter des Staates sei in Gefahr, ist bei einigen Ministern zu hören – auch von Vertretern der sephardisch-orthodoxen Schass-Partei, die derzeit in der Opposition sitzt. Diese Politiker befürchten, die illegale Migration und das Einstellen von „billigen Arbeitskräften“ könnte der Volkswirtschaft schaden. Doch das internationale Recht untersagt es Israel, Flüchtlinge in Länder abzuschieben, in denen ihr Leben gefährdet ist. Deshalb suchen die Politiker nach Drittländern in Afrika, in die eine Abschiebung möglich ist.

Premierminister Benjamin Netanyahu fordert Zurückhaltung und keine Massenhysterie: „Wir sind ein moralisches Volk und werden auch dementsprechend handeln. Wir verurteilen jegliche Gewalt und Beschimpfungen von Menschen. Egal woher sie kommen, welche Hautfarbe, oder Religion sie haben.“ Trotzdem fügt er auch hinzu: „Israel kann nicht die illegalen Eindringlinge aus einem ganzen Kontinent akzeptieren. Das geht nicht. Auch für unser kleines Land gibt es Grenzen.“

Von Seiten des ARDC und anderer israelischer Hilfsorganisationen gab es in letzter Zeit aber auch Gegendemonstrationen. Wie der vier Tage andauernde Streik Anfang Januar und die Massendemonstrationen Tausender Afrikaner in Tel Aviv und Jerusalem gegen die israelische Asylpolitik.

Trotz der schwierigen Verhältnisse gibt es auch viel Dankbarkeit unter den Flüchtlingen gegenüber dem jüdischen Staat: Da ist zum Beispiel Moses. Er ist 43 Jahre alt und stammt aus der Elfenbeinküste. Bereits seit drei Jahren lebt er mit seiner Familie in der Nähe des Busbahnhofs und betreibt ein kleines Restaurant mit afrikanischen Spezialitäten. Er wurde schon des Öfteren auf der Straße beschimpft und einmal wurden sogar Fenster in seinem Laden durch Steinwürfe beschädigt. Seine Frau Judy ist 40 Jahre alt und floh ebenfalls aus der Elfenbeinküste. Die zwei Christen lernten sich im Süden von Tel Aviv kennen und lieben. Ihre beiden Kinder kamen in Israel auf die Welt und heißen Jael und Aviv. Aus Dankbarkeit gegenüber dem jüdischen Staat. Judy hat nur Positives über Israel zu berichten: „Ich persönlich hatte hier noch keine negativen Anfeindungen. Die Menschen hier waren meistens sehr nett zu mir und auch sehr hilfsbereit.“ ||

Israels Siedlungen

Westliche Politiker werden nicht müde, zu betonen, die israelischen Siedlungen im Westjordanland seien illegal. Sie prophezeien, die Bautätigkeit in den so genannten Palästinensergebieten verunmögliche einen künftigen Palästinenserstaat. Sie drohen mit einem dritten Palästinenseraufstand, mit der Isolierung Israels auf der internationalen Bühne, der Delegitimierung des jüdischen Staates und – demografisch bedingt – seinem Untergang. Doch sind die Siedlungen vielleicht am Ende weniger illegal als erwünscht? || Johannes Gerloff



Fotos: Johannes Gerloff, Israelnetz

Ma'aleh Adumim ist die drittgrößte israelische Siedlung im Westjordanland. Sie soll laut der israelischen Regierung auch nach einem Friedensabkommen mit den Palästinensern innerhalb des jüdischen Staates verbleiben.

Wenn sich ein deutscher Politiker auf israelischem Podium als „großer Freund Israels“ outet, weiß jeder Israeli – sofern er überhaupt noch weiter zuhört – dass der erhobene Zeigefinger nicht mehr fern ist, verbunden mit dem Satz: „Ja, aber die israelischen Siedlungen ...“ Und man fragt sich, warum gerade die größten Freunde Israels vom jüdischen Staat Unmögliches fordern und dabei auch noch durch ständige Wiederholung antiisraelische Propaganda in juristischer Verkleidung hoffähig machen.

Umsiedlung ist unmöglich

Zum Unmöglichen: Der Politikprofessor Schlomo Avinery hält jedes israelische Haus auf palästinensischem Boden für eine moralische Verfehlung. Trotzdem weiß er, dass eine Umsiedlung von fast zehn Prozent der Bevölkerung eines Landes eine politische Unmöglichkeit ist: „Das lässt sich in keiner Staatsform durchsetzen, nicht einmal in einer Diktatur. Das geht nur nach einem total verlorenen Krieg!“ Wer also einen Rückzug Israels auf die so genannten Grenzen von 1967 fordert, verlangt politisch Unmögliches, oder dass Israel einen künftigen Krieg total verliert.

Doch einmal vom politisch Machbaren abgesehen: Sind die israelischen Siedlungen im Westjordanland tatsächlich illegal? Als Begründung dafür wird in der Regel Absatz 49 der 4. Genfer Konvention von 1949 angeführt. Doch diese Begründung scheidet an zwei Tatsachen: Erstens hat Israel die umstrittenen Gebiete nicht von einem anderen Staat erobert. Sie waren rechtlich gesehen Niemandsland. Der beste Beweis dafür ist, dass zwischen 1949 und 1967, als die Westbank in arabischer Hand war, keine einzige Stimme einen Palästinenserstaat gefordert hat. Die Annexion des Westjordanlandes durch Jordanien im April 1950 wurde von der gesamten Staatengemeinschaft, außer von Großbritannien und Pakistan, als illegal betrachtet.

Zweitens ist die überwältigende Mehrzahl der jüdischen Wohnungen in den vor 1967 von Jordanien besetzten Gebieten nicht das Ergebnis einer israelischen Siedlungspolitik, sondern Ausdruck einer Bewegung im jüdischen Volk, die ihre Politiker letztendlich zu bestimmten Entscheidungen zwingt, weil Israel eine Demokratie ist. Daran ändert auch nichts, dass sich deutsche „Freunde Israels“ krampfhaft diejenigen israelischen Gesprächspartner suchen, die gegen die Siedlungen sind. Kein einziger Israeli wurde in Verletzung des Wortlauts der 4. Genfer Konvention in die besetzten Gebiete „transferiert oder deportiert“.



Pisgat Se'ev – für Israel ein Stadtteil Jerusalems, in den Augen der Palästinenser und der Staatengemeinschaft eine illegale Siedlung

Das jüdische Volk hat ein völkerrechtlich verbrieftes Anrecht auf das gesamte Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan. Entscheidend ist in dieser Frage die Konferenz von San Remo im Jahr 1920. In Folge dieser Konferenz wurde 1922 dem Britischen Reich Palästina, das damals noch das heutige Königreich Jordanien mit einschloss, als Mandat anvertraut, mit dem ausdrücklichen Auftrag der Errichtung einer jüdischen Heimstätte. Von einer Teilung Palästinas war keine Rede. Drei Jahre zuvor hatte der Vertreter der arabischen Interessen, Emir Faisal Hussein, noch die uralten verwandtschaftlichen Verbindungen zwischen Arabern und Juden betont und versprochen, eine jüdische Einwanderung nach Palästina zu unterstützen.

Kein einziges Dokument, das völkerrechtlich bindend von Israel und seinen Verhandlungspartnern unterschrieben wurde, untersagt den Bau von israelischen Häusern im biblischen Judäa und Samaria. Die Abkommen von Oslo aus den Jahren 1993 und 1995 verweisen zur Lösung der Streitigkeiten um die israelischen Siedlungen auf ein Endstatusabkommen, das auszuhandeln bleibt. In diesem Endstatusabkommen soll auch der Status der umstrittenen Gebiete geklärt werden. Wer also heute schon von „palästinensischen Gebieten“ oder gar einem „Staat Palästina“ spricht, nimmt den Ausgang dieser Verhandlungen vorweg.

Todesstrafe für Landverkauf

Palästinenser haben heute überhaupt keine Möglichkeit, eine differenzierte Meinung zum Thema israelische Siedlungen zu bilden. In der von Europa unterstützten Palästinensischen Autonomie steht die Todesstrafe auf Landverkauf an Juden, und eine ganze Reihe von Menschen hat bereits mit ihrem Leben dafür bezahlt. Viele Palästinenser vor Ort denken anders über ihre jüdischen Nachbarn als mancher europäische Politiker. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, dass sich ein Siedlungsboykott in der Palästinensischen Autonomie nicht durchsetzen ließ. Ganz offen wird dort ausgesprochen, dass die Leidtragenden des Boykotts von Produkten aus jüdischen Siedlungen diejenigen Palästinenser sind, die dort eine Möglichkeit gefunden haben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Mit alledem sei nun nicht gesagt, dass es in den umstrittenen Gebieten keinen Landstreit, keine Besatzung, keine Ungerechtigkeit, keine Auseinandersetzungen gäbe. All das gibt es! Un-

missverständlich klargelegt sollte auch sein, dass Raub von Privatland nach jedem nur denkbaren Rechtssystem illegal sein muss. Die Frage ist lediglich, um das mit den Worten einer Palästinenserin aus Beit Dschalla zu sagen: „Warum dürfen Juden eigentlich nicht auf Land bauen, das sie gekauft haben?!“ Und: Was treibt westliche Politiker, eine komplizierte Situation derart zu pauschalisieren, dass man sich des Eindrucks nur schwer erwehren kann, mit alledem werde antiisraelische Propaganda in juristischer Verkleidung betrieben? ||

Anzeige

Israelreise.de
...einfach anders!

Israelreise mit Pfarrer Hans Jürgen Kitzinger / Nürnberg
Arbeitskreis "Suchet der Stadt Bestes" vom 4. - 14.5. 2014

Israelreise mit Pastor Magne Nordstrand
"Lebendiges Wort" - Würzburg, 30.3. - 8.4.2014

Israelreise mit dem Geistlichen Rüstzentrum Krelingen
mit Volkmar Günther vom 7.5. - 18.5.2014

Bibl. Studienreise - Miteinander e.V. "Zurück zur Wurzel"
Shawuot & Pfingsten in Israel! 1. - 10.6.14 + Verlängerung
Zum Laubhüttenfest nach Israel! / Michaelisgem. Plauen
6. - 15. / 19.10. 2014 mit Badeverlängerung in Eilat

Kultur- und Photoreise vom 18. - 29. 10.2014
mit Petra & Carsten Steps

ROOTS & SEED / CVJM-Zwickau
Die Israelrüstzeit für junge Erwachsene - 26.8. - 8.9.2014

Informationsreise für Gruppenplaner & Interessierte
wir zeigen Ihnen "unser" Israel vom 25. - 31.1.2015

Hebräisch, Sonne & Meer
Sprachkurs in Eilat, Termin nach Wunsch

Werner Hartstock
Schönbacher Marktsteig 22 - 08468 Reichenbach
Tel. 03765-71 98 51 - Fax 30 900 27
e-mail: info@israelreise.de - www.israelreise.de

Israelreise.de

Gedanken zu einem islamischen Staat

„In einem islamischen Staat haben alle Menschen den islamischen Grundsätzen zu folgen. Es wird Ordnung herrschen und Menschen werden in Frieden miteinander leben.“ Diese Gedanken äußert eine junge Araberin bei einer Begegnung im Ostteil Jerusalems. || Mirjam Holmer



Foto: Mirjam Holmer, Israelnetz

Viele muslimische Frauen tragen einen Hidschab, wenn Männer im Raum sind, die keine Blutsverwandten sind.

Dschamila ist 25 Jahre alt und zweifache Mutter. Sie arbeitet als Lehrerin an einer Schule in Ras al-Amud, einem Viertel in Ostjerusalem. Heute gibt sie keinen Unterricht und ist zu Besuch in ihrem Elternhaus. Außer ihr sind die jüngere Schwester mit ihrem Sohn Muhammad, eine Tante väterlicherseits und zwei Großcousinen sowie die Nachbarin gekommen. Drei weitere Schwestern sind ebenfalls verheiratet und leben nicht mehr bei den Eltern. Dschamilas Vater ist in seiner Autowerkstatt, ebenso die beiden jüngeren Brüder. Auch die Großmutter ist aus der zehn Kilometer entfernten Altstadt für einige Tage angereist.

Es ist also eine fröhliche Frauenrunde, die sich an diesem Vormittag in dem gemütlichen Wohnzimmer in Ostjerusalem trifft und sich angeregt unterhält. Die großen Fenster sind durch schwere Vorhänge verdunkelt, den Raum erfüllt das in der Region allgegenwärtige Neonlicht. Die lila Couchgarni-

tur ist um einen Fernseher gruppiert. Das Programm zeigt einen Fernsehprediger, der kaum zu verstehen ist, weil der Ton fast ausgeschaltet ist. Da die Ansprache des – vermutlich saudischen – Muslims aber untertitelt ist, kann man ihr trotzdem folgen. Der riesige Bildschirm ist in eine Wandnische eingebettet, darüber hängt eine große schwarze Tafel, auf der in goldenen Lettern der sogenannte Thronvers steht: In der Sure „Die Kuh“, das ist die zweite Sure im Koran, heißt es im 255. Vers: „Es gibt keinen Gott außer Allah. Er ist der Lebendige und Beständige. Ihn überkommt weder Schlummer noch Schlaf. Ihm gehört alles, was im Himmel und auf Erden ist. Wer unter den himmlischen Wesen könnte – außer mit seiner Erlaubnis – (am jüngsten Tag) bei ihm Fürsprache einlegen? Er weiß, was vor und was hinter ihnen liegt. Sie aber wissen nichts davon – außer was er will. Sein Thron reicht weit über Himmel und Erde. Und es fällt ihm nicht schwer, sie vor Schaden zu bewahren. Er ist der Erhabene und Gewaltige.“

„Islamischer Staat auch in Amerika und Europa“

Dschamilas Schwester reicht Tee und Süßigkeiten, der vierjährige Muhammad zielt mit einer Plastikpistole auf die Anwesenden und jauchzt laut, wenn diese sich erschrecken. Der Name „Dschamila“ bedeutet „die Schöne“, und schön ist die junge Frau tatsächlich. Ihr pechschwarzes Haar ist zu einem kurzen Pferdeschwanz zusammengebunden, das Gesicht ist von der Sonne gebräunt. An dem weißen Streifen unterhalb des Haaransatzes ist gut zu erkennen, dass sie außerhalb des Hauses ein Kopftuch trägt. Sie lächelt, als sie sagt: „Weißt du, sobald wir einen eigenen, einen islamischen, Staat haben, werden alle Frauen einen Hidschab tragen.“ Sie meint das Kopftuch und den langen, mantelartigen Umhang, den in Ostjerusalem und den palästinensischen Gebieten sehr viele Frauen tragen. „Klar, Christinnen und Jüdinnen werden irgendetwas an ihrer Kleidung haben, das sie als solche auszeichnet, aber natürlich müssen auch sie den Hidschab tragen. Denn so, wie sie sich jetzt kleiden, ist das nicht in Ordnung.“

Dschamila hat sich offensichtlich schon viele Gedanken zu dem Thema gemacht: „Dieser Staat muss natürlich zuerst in allen arabischen Ländern errichtet werden. Im Irak, dem Jemen, in Palästina und Libyen. Und natürlich in Saudi-Arabien.“ Ihre Tante unterbricht sie: „Weißt du, was die Saudis heute tun, ist nicht der Islam. Die müssen das erst noch lernen. Wir wollen ei-

nen Staat, der auf dem Koran und der Scharia basiert.“ Dschamila nickt zustimmend: „Und wenn dieser Staat erst die arabischen Länder umfasst, wird der islamische Staat auch auf andere Länder übergreifen. Wir werden das auch in Amerika und Europa verbreiten. Solange, bis der islamische Staat die ganze Welt umfasst.“

„Christen und Juden werden anders leben“

An der Tür klingelt es. Der Bruder kommt nach Hause, doch erst als Dschamilas Schwester die Schiebetür zum Wohnzimmer schließt, kann er eintreten, denn keine der Frauen trägt ein Kopftuch. Dschamila träumt indes weiter von ihrem Staat: „Sobald wir einen islamischen Staat haben, werden Christen und Juden nicht mehr so leben, wie sie es heute tun. Sie werden sich dann nicht mehr so kleiden wie jetzt, sie werden keinen Alkohol mehr trinken und keine laute Musik mehr hören. Natürlich rede ich jetzt nur von ihrem Leben auf der Straße. In ihren Häusern sind sie frei. Dort dürfen sie tun, was sie wollen.“

Dschamila schwärmt von der „Hisb ut-Tahrir“, der „Partei der Befreiung“. In den 1950er Jahren gegründet, zielte sie vor allem auf die „Befreiung Palästinas“ ab, daher rührt auch der Name. Heute setzt sie sich hauptsächlich für die Errichtung eines islamischen Staates und die Wiedereinführung des Kalifats ein. Die Partei wendet sich an die Umma, also an die Gesamtheit der Muslime, ist aber in den arabischen Ländern und Deutschland verboten. Dschamila wendet sich an die Frauen: „Habt ihr schon von Ahmad al-Qisas gehört? Er ist Vertreter der ‚Hisb ut-Tahrir‘ im Libanon. Seine Reden sind wunderbar! So Allah will, werden wir bald zu unseren Ursprüngen zurückkehren. Und den Islam so leben wie zu Zeiten des Kalifen. Die ‚Hisb ut-Tahrir‘ setzt sich für die Wiedererrichtung des Kalifats ein. Im Gegensatz zu Fatah und Hamas folgt die ‚Hisb ut-Tahrir‘ tatsächlich den Wegen des Propheten Muhammad. Die werden uns helfen, unseren Traum zu verwirklichen; nämlich einen islamischen Staat zu errichten. Wisst ihr, auch Mursi in Ägypten ist ein schlechtes Beispiel. Er denkt, er vertritt den Islam. In Wirklichkeit steht er aber doch auf Amerikas Seite. Das, was er in seiner Regierungszeit getan hat, hatte nichts mit dem Islam zu tun.“

„80 Peitschenhiebe für Unzucht“

Dschamila prophezeit: „In einem islamischen Staat wird der Staat für Ordnung sorgen. Die Ahl al-Dhimma, die Nichtmuslime, werden sich im öffentlichen Leben dem Islam anpassen. Außerdem wird der Staat den Dschihad, den Heiligen Krieg, umsetzen. Das ist keine Aufgabe des einzelnen Muslims, das muss der Staat tun. Verfehlungen werden in einem islamischen Staat nach islamischem Recht bestraft. Momentan läuft das alles zwischen dem einzelnen Muslim und Allah ab, aber dann wird es diese Strafen geben, die auf der Scharia basieren. Für Unzucht zum Beispiel wird es 80 Peitschenhiebe geben. Und Muslime werden sich gegenseitig zurechtweisen.“

Auf die Frage, was passiert, wenn Nichtmuslime sich diesen Gesetzen nicht beugen wollen, antwortet Dschamila überzeugt: „Das ist nur eine Frage der Zeit. Wenn sie erst mal in dem Staat leben, werden sie sich dem Islam unterwerfen.“ Die anderen Frauen pflichten ihr bei und schlürfen weiter ihren Tee. ||

SCHECHINGER Tours

*Reisen mit Schechinger-Tours -
wir laden herzlich ein*

ISRAEL-OSTERREISE
Mit Johannes Vogel (Bibel-Center Breckerfeld),
Walter und Marianne Schechinger
(Wildberg-Sulz am Eck)
vom 20.04.2014 – 01.05.2014

ISRAEL-FESTREISE-PFINGSTEN
Mit Georg Terner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger
(Wildberg-Sulz am Eck)
vom 08.06.2014 – 20.06.2014

**ISRAEL-ERLEBNISREISE „WÜSTE, MEER
UND MEHR“**
Mit Rocco Grämmel (Bibel-Center Breckerfeld)
und Markus Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 03.08.2014 – 17.08.2014

ISRAEL-ERLEBNISREISE
Mit Hanspeter Wolfsberger (Betberg),
Walter und Marianne Schechinger
(Wildberg-Sulz am Eck)
vom 01.09.2014 – 12.09.2014

**ISRAEL KUR- UND WELLNESSREISE
ZUM TOTEN MEER**
Mit Wolfgang und Sieglinde Wangler (Pfalzgrafenweiler)
vom 16.09.2014 – 30.09.2014

ISRAELREISE ZUM LAUBHÜTTENFEST
Mit Walter und Marianne Schechinger
(Wildberg-Sulz am Eck)
vom 06.10.2014 – 17.10.2014

ISRAELREISE
Mit Lutz Scheufler (Waldenburg),
Walter und Marianne Schechinger
(Wildberg-Sulz am Eck)
vom 24.10.2014 – 02.11.2014

**ISRAELREISE
ÜBER DEN JAHRESWECHSEL**
Mit Wolfgang Wangler (Pfalzgrafenweiler),
Walter und Marianne Schechinger
(Wildberg-Sulz am Eck)
vom 26.12.2014 – 04.01.2015

JUBILÄUMS-EINSTEIGERKREUZFAHRT
Alles, was Großbritannien groß macht
Mit Schechinger-Tours-Team
vom 30.07.2014 – 10.08.2014

BITTE FORDERN SIE UNSERE REISEPROSPEKTE KOSTENLOS AN!

SCHECHINGER *Tours* Walter Schechinger

Im Kloster 33 • D - 72218 Wildberg-Sulz am Eck
Tel. 07054-5287 • Fax 07054-7804
e-mail: info@schechingertours.de
www.schechinger-tours.de

Hintergrund Islam

Die Suche nach der wahren Freiheit

Die arabische Welt befindet sich in einer Zeit des Umbruchs – mit ungewissem Ausgang. Eine zentrale Frage betrifft die Rolle der Religion in der Gesellschaft und das zukünftige Verhältnis von öffentlicher Moral und individueller Freiheit. Der islamische Diskurs verdeutlicht, dass die Freiheiten westlicher Gesellschaften viele Muslime sowohl faszinieren als auch abstoßen. || Carsten Polanz

Der arabische Begriff für Freiheit lautet „hurrija“. Das entsprechende Adjektiv bezeichnete im traditionellen Sprachgebrauch lediglich das Gegenteil von Versklavung. Vorislamische Poeten benutzten den Begriff darüber hinaus, um einen noblen Charakter oder ein edles und aufopferungsvolles Verhalten zu beschreiben. Mittelalterliche Theologen debattierten über das Verhältnis zwischen menschlicher Freiheit auf der einen und göttlicher Allmacht und Allwissenheit auf der anderen Seite. Für Mystiker wie Ibn Arabi (1165-1240) ging es bei Freiheit vor allem um eine allumfassende Abhängigkeit von Gott, die den Menschen frei machen sollte von allen anderen Einflüssen. Als politisches Konzept und Schlagwort für gesellschaftliche Bewegungen spielte Freiheit bis zum 19. Jahrhundert keine zentrale Rolle in der islamischen Welt.

Ansätze eines arabischen Liberalismus

Die meisten arabischen Intellektuellen und Politiker reagierten zunächst mit Skepsis oder offener Ablehnung auf die in der Französischen Revolution propagierten Werte. Die französische „liberté“ wurde mit Zügellosigkeit und Anarchie gleichgesetzt. Mitte des 19. Jahrhunderts brachten allerdings immer mehr religiöse und politische Kräfte im Osmanischen Reich den wissenschaftlichen Fortschritt und die wirtschaftliche Stärke Europas mit der Garantie politischer Freiheitsrechte in Verbindung. Im 20. Jahrhundert warb der ägyptische Jurist und Publizist Ahmad Lutfi as-Sajjid (1872-1963) nicht nur für einen ägyptischen Nationalismus, sondern auch für säkulare und liberale Ideen. Der ehemalige Direktor der Universität Kairo behauptete gar: „Wenn die Fackel der Freiheit in der Seele des Individuums ausgelöscht und sein Denken durch ihre Abwesenheit verdunkelt wird, kann er nicht länger als Mensch angesehen werden“. Die Rückständigkeit der arabischen Welt lag für ihn vor allem an fehlender Freiheit – sowohl im Denken und Glauben als auch im Reden und Schreiben. Die Menschen im Osten waren nach seiner Darstellung noch zu sehr auf einen Herrscher fixiert, der das Volk wie ein Hirte nach seinen eigenen Erkenntnissen zu führen hatte.

Die Entstehung der Muslimbruderschaft

Der arabische Liberalismus konnte sich allerdings nicht durchsetzen. Bereits 1928 gründete der Volksschullehrer Hassan al-

Banna die Muslimbruderschaft, die bis heute einflussreichste islamische Massenbewegung mit mehr als 100 Ablegern in der ganzen Welt. Für Al-Banna gehörten Materialismus, „individuelle Selbstsucht“ und die „bedingungslose Freiheit für die niederen Instinkte“ zu den „Kennzeichen der europäischen Zivilisation“. Freiheit wurde fortan vor allem im kollektiven Sinn verstanden – als Unabhängigkeit von jeglicher (vor allem westlicher) Fremdherrschaft. Wahre Freiheit finden Mensch und Gesellschaft in diesem Denken erst, wenn sie sich einzig und allein Allah und seinen Gesetzen unterwerfen.

Ja zur Freiheit, solange ...

Dass der Ruf nach politischen Freiheitsrechten aus der Situation der Minderheit oder Opposition heraus noch nicht bedeutet, dass dieselbe Freiheit auch gefordert wird, wenn man sich in der herrschenden Mehrheitsposition befindet, zeigt das Beispiel des einflussreichen ägyptischen Gelehrten und Fernsehpredigers Jussuf al-Karadawi (geb. 1926). Wenn er Freiheit als „grundlegende Voraussetzung des Lebens“ und als „notwendige Bedingung für das Erlangen von Glück“ beschreibt, klingt Al-Karadawi wie ein Liberaler. Geht es um staatliche Verfolgung islamistischer Kräfte, wie er sie selber am eigenen Leib unter dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser (1918-1970) erlebt hat, wettet er leidenschaftlich gegen ein Klima der Unterdrückung und Einschüchterung.

Gleichzeitig hält Al-Karadawi wie die Mehrheit islamischer Gelehrter an der Todesstrafe für denjenigen fest, der sich nach außen erkennbar vom Islam ab- und dem Atheismus oder einer anderen Religion zuwendet. In seinen Schriften grenzt er islamische Freiheit scharf von der „persönlichen Freiheit“ des Westens ab, die er als Freiheit zum Unglauben und zur Sünde, zur Unzucht und zum Ehebruch deutet – als Freiheit, sich selbst, der eigenen Moral und der eigenen Familie zu schaden. Glaubens-, Meinungs- und Pressefreiheit gibt es damit für ihn nur im Rahmen unanfechtbarer Schariabestimmungen. Dieses Denken schlägt sich auch in der Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam nieder, die 1990 von 45 Außenministern islamischer Staaten verfasst worden ist. Dabei bleibt stets die Frage offen, wer die nicht kodifizierte Scharia verbindlich definiert und damit die Grenzen individueller und politischer Freiheit ziehen darf und wie sich eine Gesellschaft vor dem Missbrauch solcher Bestimmungen durch das herrschende System effektiv schützen kann.

Freiheit als „heiligstes Gut“

Ausgerechnet Hassan al-Bannas Bruder Gamal (1920-2013) veröffentlichte im Jahr 2000 ein Buch mit dem Titel „Unsere erste Forderung ist die Freiheit“. Aus dem Beispiel der Sowjetunion zog er den Schluss, dass ein Mangel an Freiheit zum Zusammenbruch eines Systems führt. Anders als die meisten Gelehrten und Islamisten fordert Gamal volle Glaubensfreiheit. Wo Apostaten bestraft werden, gibt es keine „tiefe, wahre und heilige Freiheit“. Noch kurz vor seinem Tod forderte er, dass jeder die Freiheit haben solle, den Koran so zu lesen, wie er will. Allerdings ist Gamal kein Religionsgelehrter, und seine Ideen erscheinen an den einflussreichen Institutionen der islamischen Welt bis heute undenkbar. Sie stehen im Widerspruch zur jahrhundertealten Tradition islamischer Gelehrsamkeit.

„Verfluchte Freiheit“

Dass gerade junge Muslime auf der Suche nach ihrer Identität in westlichen Gesellschaften nicht nur Freiheit, sondern auch Orientierung suchen, hat der ägyptischstämmige Politikwissenschaftler Hamed Abdel Samad am eigenen Beispiel deutlich gemacht. Er spricht im Rückblick auf seine eigenen frühen Erfahrungen als Student in Deutschland von der „verfluchten Freiheit“. Während er in seinem Heimatland unter einem „Zwang der Gebote“ gelitten hatte, war er als Student in Deutschland hoffnungslos überfordert von einem „Zwang der Angebote“. In seiner Autobiographie spricht er von den „spießigen Kleinbürgern“, die sich nicht dafür zu interessieren schienen, ob Gott nun tot ist oder nicht und viel mehr über die „Kosten des Lebens“ als über den „Sinn des Lebens“ nachdachten. Abdel Samad hatte Freiheit gesucht und Gleichgültigkeit gefunden. Das



Foto: Dana Nowak, Israelnetz

Segen oder Fluch? Für viele Muslime ist die westliche Freiheit anziehend und abstoßend zugleich.

Entsprechend kontrovers verläuft auch in Deutschland die Debatte um die zukünftige Ausrichtung der islamischen Religionspädagogik. Der Münsteraner Theologe und Lehrstuhlinhaber Mouhanad Khorchide beschreibt Freiheit als „das heiligste Gut, was Gott dem Menschen geschenkt hat“, durch das der Mensch sich nach seiner Deutung „sogar gegen Gott selbst auflehnen und Gott ein Nein erteilen“ kann: „Gott will, dass wir uns für ihn, sprich für das Gute, in Freiheit entscheiden. Und dazu brauchen wir eine Alternative.“ Gerade in solchen Punkten kritisieren ihn die konservativen islamischen Dachverbände scharf. Sie werfen Khorchide eine unreflektierte Übernahme christlicher Terminologie und eine eigenwillige Koranauslegung vor, die im krassen Widerspruch zur klassisch-islamischen Theologie stehe.

führte bei ihm nach eigener Aussage zu einer moralischen Desorientierung. Entweder konsumierte er die „verbotenen Früchte des Abendlandes“ exzessiv oder er zog sich in die Moschee zurück und wurde noch religiöser als früher in Ägypten.

Hier wird deutlich, dass der islamische Freiheitsdiskurs die westliche Welt auf mehreren Ebenen herausfordert. Auf der politischen Ebene ist die Verteidigung der Unantastbarkeit menschlicher Würde, der Menschenrechte und der politischen Freiheiten unverzichtbar. Gleichzeitig gilt es auf der persönlichen und gesellschaftlichen Ebene, neu über den Umgang mit Freiheit und ihr Verhältnis zu menschlicher Verantwortung vor Gott und den Mitmenschen nachzudenken. Sollten Glaubens-, Sinn- und Wertefragen in der Zukunft weiter in die Privatsphäre verdrängt werden, könnten gerade solche Gruppen an Zulauf gewinnen, die einfache und radikale Wege aus der „verfluchten Freiheit“ propagieren. ||

Meldungen

Experten-Teams: Arafat wurde nicht vergiftet

Der frühere Palästinenserführer Jasser Arafat ist eines natürlichen Todes gestorben. Zu diesem Ergebnis ist ein russisches Experten-Team Ende vergangenen Jahres gekommen. Auch die Untersuchung durch französische Spezialisten erbrachte dieses Resultat. Eine Strahlenvergiftung durch den radioaktiven Stoff Polonium 210 schließen beide Experten-Teams damit aus. Dagegen hatte ein Team von Schweizer Spezialisten eine solche Vergiftung des 2004 verstorbenen Arafat für möglich erachtet.

Die Untersuchungen der drei Experten-Teams sind angesetzt worden, nachdem Arafats Witwe Suha im Jahr 2012 in Frankreich eine Anzeige gegen Unbekannt wegen Mordes an ihrem Mann erstattet hatte. Die französische Justiz ermittelte daraufhin. Dazu wurde Arafats Leiche in Ramallah exhumiert. Die Experten-Teams entnahmen Gewebeproben zur Untersuchung.

Arafat starb im Alter von 75 Jahren in einem Pariser Militärkrankenhaus. Die Todesursache blieb damals ungeklärt, da seine Witwe eine Autopsie des Leichnams ablehnte. Der Verdacht, Arafat sei infolge einer Vergiftung gestorben, hielt sich von Anfang an. Viele Palästinenser vermuten Israel hinter dem Tod Arafats. Israel hatte die Beschuldigungen immer wieder zurückgewiesen. || Daniel Frick



Foto: Johannes Gerloff, Israelnetz

Internationale Experten haben eine Vergiftung des palästinensischen Volkshelden Jasser Arafat ausgeschlossen.

Wintereinbruch bringt zusammen



Foto: Israelisches Militär (CC BY-NC 2.0)

Israels Armee hat vielen Palästinensern während des Winters geholfen.

Israel und die Region haben im Dezember einen ungewöhnlich starken Wintereinbruch erlebt. Ein schwerer Schneesturm legte vor allem in und um Jerusalem das Leben tagelang lahm. In weiten Teilen Israels und der Palästinensischen Autonomiegebiete fiel der Strom aus, Autos steckten im bis zu einem halben Meter hohen Schnee fest. Verstärkt wurde das Chaos auf den Straßen durch „Schneetouristen“. Zahlreiche Is-

raelis machten sich vom Süden des Landes auf den Weg in die Hauptstadt, um die weiße Pracht zu sehen – und dann mit ihren Fahrzeugen stecken zu bleiben. Doch die Not brachte zusammen: Israelis und Palästinenser verstärkten ihre Kooperation bei der zivilen Notfallhilfe. Israels Außenministerium zog nach den Unwettern vom 11. bis 14. Dezember Bilanz: Demnach wurden im Gazastreifen 760 Familien aus ihren Häusern evakuiert, etwa 1.000 Wohngebäude wurden schwer beschädigt. Im Westjordanland wurde das staatliche Krankenhaus in Ramallah von der Wasserversorgung abgeschnitten.

Die Armee und die israelische Militärverwaltung in den Palästinensergebieten (COGAT) bemühten sich während des Winterwetters, den Bewohnern zu helfen. So wurden vier Wasserpumpen aus Israel in den Gazastreifen gebracht, der unter Überschwemmungen zu leiden hatte. Der Warenübergang Kerem Schalom wurde erstmals für den Personenverkehr geöffnet. Ferner gab es Transfers von Krankenwagen.

Treibstoff, Vorräte und 148 Lastwagen mit Verbrauchsgütern erreichten über Kerem Schalom den Küstenstreifen. „Palästinenser im Gazastreifen haben ihre Dankbarkeit für die israelische Unterstützung geäußert“, merkte das Außenministerium an.

Im Westjordanland befreiten Armeeangehörige Palästinenser, die in ihren Fahrzeugen eingeschlossen waren. Überdies wurde ein palästinensischer Krankenwagen, der wegen der Wetterbedingungen stehen geblieben war, mit Hilfe des Militärs wieder flott gemacht. || Elisabeth Hausen

Historische Betrachtung

1914 – Gespitzte Stifte



2014 ist ein Jahr der Rückblicke ins vergangene Jahrhundert. Die Welt heute ist auch ein Ergebnis jener Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, die als „Erster Weltkrieg“ in den Geschichtsbüchern steht. 1914 waren die Stifte bereits gespitzt, um den Orient neu in die Landkarten zu zeichnen. || Egmond Prill

Medien und Politik haben ein „Europäisches Erinnerungsjahr 2014“ ausgerufen. Der Rückblick wird vor allem auf die Schlachtfelder an Marne und Somme gelenkt, wo Briten, Franzosen, Deutsche und am Ende Amerikaner Kriegsgeschichte schrieben. Selten geht der Blick auf den Kampf um Ostpreußen, die Schlacht bei Tannenberg und den Frieden von Brest-Litowsk zwischen Deutschland und Russland. Der Weitblick in den Orient fehlt oft völlig. Dabei ging dort mehr in die Brüche als in Europa. Im „Ersten Weltkrieg“ endete die achthundertjährige Geschichte des Osmanischen Reiches. Ziemlich genau vierhundert Jahre davon herrschten die Türken über die arabische Welt. „Suleiman der Prachtige“ brachte den Orient von Jerusalem bis Bagdad, von Aserbaidshan bis zum Jemen dauerhaft unter die osmanische Hand.

Europäer können Land kaufen

Diese Zeit endete zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Schon in den Jahrzehnten zuvor war der osmanische Glanz verblasst, wie auch die Erinnerung, dass die Türken bereits vor Wien standen und das halbe Abendland in der Tasche hatten. Die europäischen Großmächte nannten die schwindende Macht in Istanbul den „kranken Mann am Bosphorus“. Wirtschaftlich, militärisch und politisch war der türkische Halbmond am Sinken. 1840 sicherte europäisches Eingreifen die Macht der Osmanen im Nahen Osten, nachdem abtrünnige Machthaber in Ägypten Feldzüge bis in den Libanon und nach Syrien unternommen hatten. Das war der Auftakt für den wachsenden Einfluss von Briten, Franzosen, Deutschen, Österreichern und Russen auch in Palästina. In Jerusalem und am See Genezareth konnte Land gekauft werden. Hatte bis dahin alles Land dem Sul-

tan gehört, gab es fortan eingetragenen Grundbesitz für Ausländer. Kirchen und Kapellen entstanden in Jerusalem. 1863 öffnete das Österreichische Hospiz in der Altstadt. Bald darauf wurden im Auftrag des Deutschen Reiches die evangelische Erlöserkirche und die katholische Dormitio-Kirche errichtet, nachdem Kaiser Wilhelm II. das Land erworben und es dem „Deutschen Verein vom Heiligen Lande“ übergeben hatte. Doch auch Juden kauften des Sultans Land. Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert hatten jüdische Organisationen und Bankiers beträchtliches Grundeigentum erworben. Mit der Eröffnung des Suezkanals 1869 bekam der Orient strategische Bedeutung für Großbritannien. Es ging um die Sicherung des Seewegs nach Indien. Bedrohlich aus der Sicht Londons entwickelte sich das deutsch-türkische Projekt der Bagdad-Bahn, einer in Berlin geplanten Eisenbahn bis Bagdad mit einem Ableger nach Mekka.

Europäer teilen den Orient

Als 1914 die Kanonen in Europa donnerten, waren die Stifte für den Orient schon gespitzt, um dort neue Landkarten zu zeichnen. Um gegen die Türken und die mit ihnen verbündeten Deutschen bestehen zu können, sicherten sich die Engländer den Zuspruch der arabischen Herrscher. Der britische Hochkommissar von Ägypten, Sir McMahon, versprach den Arabern Freiheit vom türkischen Joch und ein eigenes Reich. Im Oktober 1915 wurde im „McMahon-Papier“ dieses Versprechen formuliert. Im Mai 1916 teilten Engländer und Franzosen das Erbe der Osmanen unter sich auf. Im Sykes-Picot-Abkommen wurden mit Stift und Lineal jene Grenzen gezogen, die auch heute zu sehen sind. Für die Region Libanon und Syrien wurde Frankreich zur Schutz-

macht. Ägypten, Irak und Palästina wurden Großbritanniens Schutz zugeordnet. Palästina war damals das Gebiet des heutigen Staates Israel, der Autonomiegebiete und Jordaniens. Dabei war im November 1917 gerade dieses Palästina dem Zionistischen Weltkongress in Aussicht gestellt worden. In der „Balfour-Deklaration“ wurde den Juden die Errichtung einer „Jüdischen Heimstätte“ zugesichert und so auch jüdische Unterstützung im Weltkrieg gewonnen. Der britische Außenminister Arthur James Balfour sicherte darin dem Baron Rothschild und der zionistischen Bewegung das Land zu. Anfang Dezember 1917 zog General Allenby siegreich in Jerusalem ein – ehrfurchtsvoll zu Fuß, an seiner Seite Chaim Weizmann. Der Krieg im Orient und das Land waren gewonnen. Die Juden jubelten.

Kunststaaten entstehen

Doch die Friedensverträge von Versailles brachten 1918 weder den Arabern das versprochene Großreich noch den Juden das verheißene Land. Auf der Völkerbundkonferenz von San Remo wurden 1922 Grenzen und Einflusszonen bestätigt. Unter französischem und britischem Schutz entstanden Kunststaaten wie der Libanon, Syrien, Jordanien und der Irak. Verschiedene Kulturen und Religionen, verfeindete Stämme und Völker wurden zu Nationalstaaten zusammengefasst.

Einige Wurzeln der heutigen Nahostkonflikte ragen bis in jene Zeit. Die Friedenspläne von 1918 führten nahezu zwangsläufig in Europa zum nächsten Krieg. Im Orient ist die Zahl der Kriege kaum zu überblicken und ihre Zeit nicht zu Ende: Stammeskriege, Religionskonflikte, Rebellionen, Kämpfe um Ölfelder – und mittendrin Israel. 2014 sind die Stifte erneut gespitzt für neue Linien zwischen Israel und Palästina, vermutlich in Syrien und vielleicht bald im Irak. ||

Veranstaltungen

Für Kurzentschlossene

Israel-Tage Krelingen, 20.-23. Februar 2014

„Israel und die Völker“

Biblisches, Politisches, Aktuelles aus erster Hand.

Die Israel-Tage laden zum Nachdenken ein und wollen in Bibelarbeiten und Vorträgen Antworten geben.

Information/Anmeldung:

Krelinger Freizeit- und Tagungszentrum

Telefon (051 67) 970 145 | rezeption@grz-krelingen.de

Israel-Tage in Oelsnitz/Erzgebirge

28. März 19.30 Uhr „Israel – Gottes Liebe und Leidenschaft“

29. März 19.30 Uhr „Orient – Zwischen Arabellion und Atombombe“

Landeskirchliche Gemeinschaft

09376 Oelsnitz | Obere Hauptstraße 15 a



Egmond Prill



Israel-Konferenz in Rehe, 23.-26. März 2014

„Israel – Der Zeiger an der Weltenuhr Gottes“
 Brennpunkt des Weltgeschehens, Kristallisationspunkt der großen Weltreligionen, Ort zentraler Heilszusagen Gottes. Mit Jurek Schulz, Dr. Berthold Schwarz und Egmond Prill.

Information/Anmeldung:

Christliches Erholungsheim „Westerwald“ in Rehe

Telefon (026 64) 505-0 | info@cew-rehe.de

Reise



Israel-Reise des Christlichen Medienverbundes KEP e.V., 15.-26. Oktober 2014

Leitung: Egmond Prill

Eine interessante Reise durch das Land der Bibel mit Tagen am See Genezareth, in Jerusalem und am Toten Meer.

Entdecken Sie Land und Leute, Geschichte und Gegenwart bei einer Tour, die Erholung, Besichtigungen und Begegnungen verbindet.

Kommen Sie mit in den Spätsommer, wenn es in Deutschland herbstlich kalt wird. Eine Reise, die sich bestens auch für „Wiederholer“ eignet.

Information/Anmeldung:

KEP-Büro Kassel

Schwedenweg 15 | 34127 Kassel

Telefon (0561) 8905 142 | prill@kep.de

Buchtipps

Verflucht und von Christus getrennt

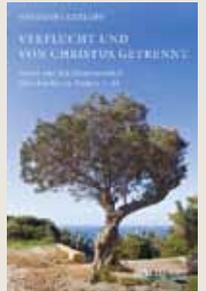
Johannes Gerloff

Israel und die Heidenvölker – Eine Studie zu Römer 9-11

Gilt die Erwählung des jüdischen Volkes noch? Wie stehen Christen zu Israel? Johannes Gerloff geht in seiner Auslegung von Römer 9 bis 11 den theologischen Fragen um Israel nach. Mit teilweise überraschenden Erkenntnissen beleuchtet er die Gedankengänge des Paulus, wobei auch die aktuelle Situation im Nahen Osten zum Tragen kommt.

SCM Hänssler, 192 Seiten,

ISBN: 978-3-7751-5431-4, 14,95 Euro



Israelreport

Ja, ich bestelle kostenlos den Israelreport.

Der Israelreport erscheint sechsmal jährlich kostenlos zusammen mit dem Christlichen Medienmagazin pro.

Bitte senden Sie mir den werktäglichen E-Mail-Newsletter von Israelnetz. (Bitte E-Mail-Adresse angeben!)

Name

Anschrift

PLZ | Ort

E-Mail

